

Anleitung zur Anlage Betriebsvermögen für Einzelunternehmen

Allgemeines

Diese Anleitung informiert Sie über Ihre steuerlichen Pflichten und hilft Ihnen, den Vordruck richtig auszufüllen.

Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesem Vordruck nur Raum für Eintragungen zu standardmäßig auftretenden Fallgestaltungen bei der Bewertung von Betriebsvermögen vorgesehen ist. Soweit die Vordrucke keine Eintragungsmöglichkeiten für etwaige Besonderheiten Ihres Unternehmens vorsehen oder der vorgesehene Raum für Eintragungen nicht ausreicht, verwenden Sie bitte ein gesondertes Blatt.

Bitte beantworten Sie alle für die Bewertung des betrieblichen Vermögens zutreffenden Fragen. Füllen Sie den Vordruck bitte deutlich und vollständig aus. Benutzen Sie für die Eintragungen nur die zutreffenden weißen Felder oder kreuzen Sie diese an. Soweit bei längeren Namen und Zeichnungen der für die Eintragungen erforderliche Raum nicht ausreicht, verwenden Sie bitte aussagekräftige Abkürzungen.

Der gemeine Wert von Gewerbebetrieben oder eines der Ausübung eines freien Berufs dienenden Vermögens (Einzelunternehmen) ist in erster Linie aus Verkäufen unter fremden Dritten abzuleiten. Kann der gemeine Wert nicht aus Verkäufen abgeleitet werden, ist er unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten des Einzelunternehmens oder einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke üblichen Methode zu ermitteln. Sie können den gemeinen Wert durch Vorlage eines methodisch nicht zu beanstandenden Gutachtens erklären, das auf den für die Verwendung in einem solchen Verfahren üblichen Daten des betreffenden Einzelunternehmens aufbaut. Sie können den gemeinen Wert auch im vereinfachten Ertragswertverfahren (§§ 199 bis 203 BewG) ermitteln. Der Substanzwert als Summe der gemeinen Werte der zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter und sonstigen aktiven Ansätze gemindert um die Summe der zum Betriebsvermögen gehörenden Schulden und sonstigen Abzüge darf nicht unterschritten werden (Mindestwert). Reichen Sie hierzu **zwingend die „Anlage Substanzwert“** ein.

A. Allgemeine Angaben

Zu Zeile 14

Bitte tragen Sie hier den Umfang der Beteiligung in Prozent ein, in dem Sie das Einzelunternehmen erworben haben. Wenn Sie das gesamte Unternehmen erworben haben, tragen Sie hier 100 % ein. Bei einer Erbengemeinschaft geben Sie bitte den Umfang der Beteiligung ein, der auf die Erbengemeinschaft insgesamt übergegangen ist und nicht den Anteil der einzelnen Mitglieder der Erbengemeinschaft.

Alternativ können Sie den Umfang der Beteiligung auch als Bruch eintragen.

Zu Zeilen 19 und 20

Bei mehrmaligem Erwerb einer wirtschaftlichen Einheit innerhalb eines Jahres hat das jeweilige Betriebsfinanzamt der Wertermittlung einen bereits festgestellten Bedarfswert (sog. Basiswert) zu Grunde zu legen, wenn innerhalb dieses Jahres keine wesentlichen Änderungen eingetreten sind (§ 151 Abs. 3 BewG). Der Basiswert ist der für den ersten Erwerbsfall auf den jeweiligen Bewertungsstichtag ermittelte Bedarfswert. Dieser Basiswert gilt ab diesem Zeitpunkt für einen Zeitraum von einem Jahr. Nach Ablauf der Jahresfrist ist für den jeweils nächsten Erwerbsfall eine Bewertung nach den Verhältnissen von diesem Bewertungsstichtag durchzuführen und damit zugleich ein neuer Basiswert zu ermitteln. Kreuzen Sie bitte hier an, wenn die Basiswertregelung angewendet werden soll.

B. Ableitung aus Verkäufen

Zu Zeilen 23 bis 29

Die Ableitung des gemeinen Werts erfolgt nach § 11 Abs. 2 BewG aus Verkäufen unter fremden Dritten, die innerhalb eines Jahres vor dem Bewertungsstichtag im gewöhnlichen Geschäftsverkehr getätigt worden sind.

Die Teile C, D und E sind nicht auszufüllen, wenn die Verkäufe zur Ableitung des gemeinen Werts geeignet sind.

Zu Zeilen 26 bis 29

Sofern ein Einzelunternehmen innerhalb eines Jahres vor dem Bewertungsstichtag insgesamt verkauft wurde, tragen Sie bitte den Kaufpreis in voller Höhe in Zeile 26 oder 27 ein. Weisen Sie bitte auch den gemeinen Wert des gesamten Betriebsvermögens in Zeile 28 aus. Das gilt auch in den Fällen, in denen das Einzelunternehmen von mehreren Personen erworben wurde. Den Wert des Anteils, der auf den jeweiligen Erwerber entfällt, weisen Sie in Abhängigkeit vom Umfang der erworbenen Beteiligung (Zeile 14) in Zeile 42 aus.

C. Gutachtenwert

Zu Zeilen 30 bis 35

Sofern der gemeine Wert nicht aus Verkäufen innerhalb eines Jahres abgeleitet werden kann, ist er unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten oder einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke üblichen Methode zu ermitteln.

Sie können den gemeinen Wert durch Vorlage eines methodisch nicht zu beanstandenden Gutachtens erklären.

Zu Zeile 32

Die Bewertung von Unternehmen erfolgt im Allgemeinen unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten. Dabei sind verschiedene Verfahren marktüblich. Ob die Bewertung ertragswert- oder zahlungsstromorientiert erfolgt, ist ohne Bedeutung.

Zu Zeile 33

Andere anerkannte, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke übliche Bewertungsmethoden sind beispielsweise Multiplikatorenverfahren. Anhaltspunkte dafür, dass ein Erwerber neben den ertragswert- oder zahlungsstromorientierten Verfahren bei der Bemessung des Kaufpreises eine andere übliche Methode zu Grunde legen würde, können sich insbesondere aus branchenspezifischen Verlautbarungen ergeben, wie beispielsweise aus Veröffentlichungen der Kammern bei Kammerberufen.

Zu Zeile 35

Tragen Sie bitte hier den gemeinen Wert des Betriebsvermögens des Einzelunternehmens ein, der sich aus dem Gutachten ergibt. Das gilt auch in den Fällen, in denen das Einzelunternehmen von mehreren Personen erworben wurde. Den Wert des Anteils, der auf den jeweiligen Erwerber entfällt, weisen Sie in Abhängigkeit vom Umfang der erworbenen Beteiligung (Zeile 14) in Zeile 42 aus.

D. Vereinfachtes Ertragswertverfahren

Zu Zeilen 36 und 37

Sie können den gemeinen Wert auch im vereinfachten Ertragswertverfahren ermitteln (§§ 199 bis 203 BewG). Fügen Sie hierzu zwingend die „Anlage Vereinfachtes Ertragswertverfahren“ bei.

Tragen Sie bitte in Zeile 37 den gemeinen Wert des Betriebsvermögens des Einzelunternehmens ein. Das gilt auch in den Fällen, in denen das Einzelunternehmen von mehreren Personen erworben wurde. Den Wert des An-

teils, der auf den jeweiligen Erwerber entfällt, weisen Sie in Abhängigkeit vom Umfang der erworbenen Beteiligung (Zeile 14) in Zeile 42 aus.

E. Substanzwert

Zu Zeilen 38 und 39

Die Wertuntergrenze bei der Ermittlung des gemeinen Werts bildet der Substanzwert (§ 11 Abs. 2 Satz 3 BewG).

Dies gilt unabhängig davon, ob der gemeine Wert mit einem individuellen Gutachten oder nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren nach §§ 199 ff. BewG ermittelt worden ist. Nur in den Fällen, in denen der gemeine Wert aus Verkäufen abgeleitet worden ist, bleibt der Substanzwert unberücksichtigt.

Vergleiche hierzu Erläuterungen zu Allgemeines.

Tragen Sie bitte in Zeile 39 den gemeinen Wert des Betriebsvermögens des Einzelunternehmens ein. Das gilt auch in den Fällen, in denen das Einzelunternehmen von mehreren Personen erworben wurde. Den Wert des Anteils, der auf den jeweiligen Erwerber entfällt, weisen Sie in Abhängigkeit vom Umfang der erworbenen Beteiligung (Zeile 14) in Zeile 42 aus.

F. Anzusetzender gemeiner Wert

Zu Zeilen 40 und 41

Vorrangig ist der nach § 11 Abs. 2 BewG aus Verkäufen abgeleitete gemeine Wert (Teil B) anzusetzen. Sofern eine Ableitung des gemeinen Werts aus Verkäufen (Teil B) nicht möglich ist, ist er unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten oder einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nicht steuerliche Zwecke üblichen Methode (Teil C) zu ermitteln. Der gemeine Wert des Betriebsvermögens kann auch im vereinfachten Ertragswertverfahren (Teil D) ermittelt werden. Mindestens ist der Substanzwert (Teil E) anzusetzen.

Zu Zeile 42

Tragen Sie bitte hier den gemeinen Wert des Betriebsvermögens ein, der dem Umfang des **erworbenen** Anteils am Einzelunternehmen entspricht.

G. Angaben zu §§ 13a, 13b ErbStG

Verwaltungsvermögen

Allgemeines

Die Steuerbefreiung für Unternehmensvermögen nach § 13a ErbStG setzt voraus, dass die Quote des Verwaltungsvermögens des Unternehmens bei der Regelverschonung maximal 50 % und bei der Optionsverschonung maximal 10 % beträgt (§ 13b Abs. 2 Satz 1, § 13a Abs. 8 ErbStG). Bei der Regelverschonung werden ein Verschonungsabschlag von 85 % und ein Abzugsbetrag von bis zu 150.000 EUR für den danach verbleibenden Wert gewährt. Bei der Optionsverschonung erfolgt eine vollständige Steuerbefreiung. Junges Verwaltungsvermögen ist von der Steuerbefreiung ausgeschlossen. Hierzu gehören die Wirtschaftsgüter, die innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren vor dem Bewertungsstichtag dem Betriebsvermögen zugeführt wurden (§ 13b Abs. 2 Satz 3 ErbStG). Die Summe der Werte der Wirtschaftsgüter des Verwaltungsvermögens und des jungen Verwaltungsvermögens wird gesondert festgestellt (§ 13b Abs. 2a ErbStG). In Zeilen 44 bis 68 sind die hierfür notwendigen Angaben einzutragen.

Die Zugehörigkeit von Wirtschaftsgütern zum Verwaltungsvermögen und jungem Verwaltungsvermögen richtet sich nach § 13b Abs. 2 Satz 2 und 3 ErbStG.

§ 13b Abs. 2 Satz 2 bis 7 ErbStG haben folgenden Wortlaut:

„Zum Verwaltungsvermögen gehören

1. Dritten zur Nutzung überlassene Grundstücke, Grundstücksteile, grundstücksgleiche Rechte und Bauten. Eine Nutzungsüberlassung an Dritte ist nicht anzunehmen, wenn

- a) der Erblasser oder Schenker sowohl im überlassenden Betrieb als auch im nutzenden Betrieb allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern einen einheitlichen geschäftlichen Betätigungswillen durchsetzen konnte oder als Gesellschafter einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 3 oder § 18 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes den Vermögensgegenstand der Gesellschaft zur Nutzung überlassen hatte, und diese Rechtsstellung auf den Erwerber übergegangen ist, soweit keine Nutzungsüberlassung an einen weiteren Dritten erfolgt;
 - b) die Nutzungsüberlassung im Rahmen der Verpachtung eines ganzen Betriebs erfolgt, welche beim Verpächter zu Einkünften nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes führt und
 - aa) der Verpächter des Betriebs im Zusammenhang mit einer unbefristeten Verpachtung den Pächter durch eine letztwillige Verfügung oder eine rechtsgeschäftliche Verfügung als Erben eingesetzt hat oder
 - bb) die Verpachtung an einen Dritten erfolgt, weil der Beschenkte im Zeitpunkt der Steuerentstehung den Betrieb noch nicht führen kann, und die Verpachtung auf höchstens zehn Jahren, befristet ist; hat der Beschenkte das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet, beginnt die Frist mit der Vollendung des 18. Lebensjahres.
- Dies gilt nicht für verpachtete Betriebe, die vor ihrer Verpachtung die Voraussetzungen als begünstigtes Vermögen nach Absatz 1 und Satz 1 nicht erfüllt haben und für verpachtete Betriebe, deren Hauptzweck in der Überlassung von Grundstücken, Grundstücksteilen, grundstücksgleichen Rechten und Bauten an Dritte zur Nutzung besteht, die nicht unter Buchstabe d fallen;
- c) sowohl der überlassende Betrieb als auch der nutzende Betrieb zu einem Konzern im Sinne des § 4h des Einkommensteuergesetzes gehören, soweit keine Nutzungsüberlassung an einen weiteren Dritten erfolgt;
 - d) die überlassenen Grundstücke, Grundstücksteile, grundstücksgleiche Rechte und Bauten zum Betriebsvermögen, zum gesamthänderisch gebundenen Betriebsvermögen einer Personengesellschaft oder zum Vermögen einer Kapitalgesellschaft gehören und der Hauptzweck des Betriebs in der Vermietung von Wohnungen im Sinne des § 181 Abs. 9 des Bewertungsgesetzes besteht, dessen Erfüllung einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (§ 14 der Abgabenordnung) erfordert;
 - e) Grundstücke an Dritte zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung überlassen werden;

2. Anteile an Kapitalgesellschaften, wenn die unmittelbare Beteiligung am Nennkapital dieser Gesellschaften 25 % oder weniger beträgt und sie nicht dem Hauptzweck des Gewerbebetriebes eines Kreditinstitutes oder eines Finanzdienstleistungsinstitutes im Sinne des § 1 Abs. 1 und 1a des Kreditwesengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026), oder eines Versicherungsunternehmens, das der Aufsicht nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBl. 1993 I S. 2), zuletzt geändert durch Artikel 4 und Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1982), zuzurechnen sind. Ob diese

Grenze unterschritten wird, ist nach der Summe der dem Betrieb unmittelbar zuzurechnenden Anteile und der Anteile weiterer Gesellschafter zu bestimmen, wenn die Gesellschafter untereinander verpflichtet sind, über die Anteile nur einheitlich zu verfügen oder sie ausschließlich auf andere derselben Verpflichtung unterliegende Anteilseigner zu übertragen und das Stimmrecht gegenüber nichtgebundenen Gesellschaftern nur einheitlich ausüben;

3. Beteiligungen an Gesellschaften im Sinne des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 3 oder § 18 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes und an entsprechenden Gesellschaften im Ausland sowie Anteile an Kapitalgesellschaften, die nicht unter Nummer 2 fallen, wenn bei diesen Gesellschaften das Verwaltungsvermögen mehr als 50 % beträgt;
4. Wertpapiere sowie vergleichbare Forderungen, die nicht dem Hauptzweck des Gewerbebetriebes eines Kreditinstitutes oder eines Finanzdienstleistungsinstitutes im Sinne des § 1 Abs. 1 und 1a des Kreditwesengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026), oder eines Versicherungsunternehmens, das der Aufsicht nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBl. 1993 I S. 2), zuletzt geändert durch Artikel 4 und Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1982), zuzurechnen sind;
- 4a. der gemeine Wert des nach Abzug des gemeinen Werts der Schulden verbleibenden Bestands an Zahlungsmitteln, Geschäftsguthaben, Geldforderungen und anderen Forderungen, soweit er 20 Prozent des anzusetzenden Werts des Betriebsvermögens des Betriebs oder der Gesellschaft übersteigt. Satz 1 gilt nicht, wenn die genannten Wirtschaftsgüter dem Hauptzweck des Gewerbebetriebes eines Kreditinstitutes oder eines Finanzdienstleistungsinstitutes im Sinne des § 1 Absatz 1 und 1a des Kreditwesengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Mai 2013 (BGBl. I S. 1162) geändert worden ist, oder eines Versicherungsunternehmens, das der Aufsicht nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBl. 1993 I S. 2), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist, unterliegt, zuzurechnen sind. Satz 1 gilt ferner nicht für Gesellschaften, deren Hauptzweck in der Finanzierung einer Tätigkeit im Sinne des § 15 Absatz 1 Nummer 1 des Einkommensteuergesetzes von verbundenen Unternehmen (§ 15 des Aktiengesetzes) besteht;
5. Kunstgegenstände, Kunstsammlungen, wissenschaftliche Sammlungen, Bibliotheken und Archive, Münzen, Edelmetalle und Edelsteine, wenn der Handel mit diesen Gegenständen oder deren Verarbeitung nicht der Hauptzweck des Gewerbebetriebes ist.

Kommt Satz 1 nicht zur Anwendung, gehört solches Verwaltungsvermögen im Sinne des Satzes 2 Nr. 1 bis 5 nicht zum begünstigten Vermögen im Sinne des Absatzes 1, welches dem Betrieb im Besteuerungszeitpunkt weniger als zwei Jahre zuzurechnen war (junges Verwaltungsvermögen); bei Zahlungsmitteln, Geschäftsguthaben, Geldforderungen und anderen Forderungen (Satz 2 Nummer 4a) ergibt sich die Zurechnung aus dem positiven Saldo der eingelegten und der entnommenen Wirtschaftsgüter. Der Anteil des Verwaltungsvermögens am gemeinen Wert des Betriebs bestimmt sich nach dem Verhältnis der Summe der gemeinen Werte der Einzelwirtschaftsgüter des Verwaltungsvermögens zum gemeinen Wert des Betriebs; für Grundstücksteile des Verwaltungsvermögens ist der ihnen entsprechende Anteil am gemeinen Wert des Grundstücks

anzusetzen. Bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft ist als Vergleichsmaßstab der Wert des Wirtschaftsteils (§ 168 Abs. 1 Nr. 1 des Bewertungsgesetzes) anzuwenden. Der Anteil des Verwaltungsvermögens am gemeinen Wert des Betriebs einer Kapitalgesellschaft bestimmt sich nach dem Verhältnis der Summe der gemeinen Werte der Einzelwirtschaftsgüter des Verwaltungsvermögens zum gemeinen Wert des Betriebs; für Grundstücksteile des Verwaltungsvermögens ist der ihnen entsprechende Anteil am gemeinen Wert des Grundstücks anzusetzen. Soweit zum Vermögen der Kapitalgesellschaft Wirtschaftsgüter gehören, die nach Satz 3 nicht in das begünstigte Vermögen einzubeziehen sind, ist der Teil des Anteilswerts nicht begünstigt, der dem Verhältnis der Summe der Werte dieser Wirtschaftsgüter zum gemeinen Wert des Betriebs der Kapitalgesellschaft entspricht; bei der rechnerischen Ermittlung der Quote des Verwaltungsvermögens erfolgt keine Beschränkung auf den Wert des Anteils.“

Zu Zeilen 44 bis 52

Bitte tragen Sie in **Spalte 1** der Zeilen 46 bis 52 die Summe der gemeinen Werte der jeweiligen Einzelwirtschaftsgüter des Verwaltungsvermögens des Unternehmens ein (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 5 ErbStG).

In **Spalte 2** der Zeilen 46 bis 51 tragen Sie bitte den Wert des jungen Verwaltungsvermögens ein, der in Spalte 1 der jeweiligen Zeile enthalten ist.

Hinweis: Die Summe der Werte des Verwaltungsvermögens ist nicht um die damit in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden zu kürzen.

Zu Zeile 46

Dritten zur Nutzung überlassene Grundstücke, Grundstücksteile, grundstücksgleiche Rechte und Bauten gehören zum Verwaltungsvermögen (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 ErbStG). Dies gilt jedoch regelmäßig nicht, soweit die Nutzungsüberlassung

- im Rahmen einer Betriebsaufspaltung erfolgt und keine weitere Überlassung durch das nutzende Unternehmen vorliegt (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. a ErbStG),
- von einem Gesellschafter einer Personengesellschaft an die Gesellschaft erfolgt und keine weitere Überlassung durch die nutzende Gesellschaft vorliegt (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. a ErbStG),
- im Rahmen einer begünstigten Betriebsverpachtung im Ganzen erfolgt (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. b ErbStG),
- im Rahmen eines Konzerns im Sinne von § 4h des Einkommensteuergesetzes erfolgt und keine weitere Überlassung durch das nutzende Unternehmen vorliegt (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. c ErbStG),
- im Rahmen einer Personen- oder Kapitalgesellschaft erfolgt, deren Hauptzweck die Vermietung von Wohnungen ist, zu dessen Erfüllung ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb erforderlich ist (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. d ErbStG) oder
- für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung erfolgt (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Buchst. e ErbStG).

Geben Sie bitte den gemeinen Wert der zum Verwaltungsvermögen gehörenden Grundstücke, Grundstücksteile, grundstücksgleichen Rechte und Bauten an. Für Grundstücksteile ist der auf sie entfallende Anteil des gemeinen Wertes anzusetzen. Die Aufteilung erfolgt regelmäßig nach dem Verhältnis der Wohn-/Nutzfläche.

Bitte erläutern Sie auf einem gesonderten Blatt, welche Grundstücke Sie im Einzelnen dem Verwaltungsvermögen zurechnen. Benennen Sie dabei insbesondere die Lage des Grundstücks (Straße, Hausnummer, Ort) sowie die Steuernummer/Einheitswert-Aktenzeichen.

Zu Zeile 47

Ist das begünstigungsfähige Unternehmen an einer Kapitalgesellschaft beteiligt, gehören die Anteile an der Gesell-

schaft zum Verwaltungsvermögen, wenn es sich um eine unmittelbare Beteiligung von 25 % oder weniger handelt (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 ErbStG). Wenn diese Mindestbeteiligungsquote nicht erreicht wird, zählen die Anteile dann nicht zum Verwaltungsvermögen, wenn eine **Poolvereinbarung** vorliegt und die Summe der Anteile der dieser Poolvereinbarung unterliegenden Gesellschafter mehr als 25 % beträgt.

Eine Poolvereinbarung setzt voraus, dass

- sich das Unternehmen und weitere unmittelbar beteiligte Gesellschafter untereinander verpflichtet haben, über ihre Anteile nur einheitlich zu verfügen oder diese ausschließlich auf andere derselben Verpflichtung unterliegende Anteilseigner zu übertragen und
- das Stimmrecht gegenüber nicht gebundenen Gesellschaftern einheitlich auszuüben.

In diesem Fall reichen Sie bitte eine Kopie der Poolvereinbarung ein.

Bitte erläutern Sie auf einem gesonderten Blatt, welche Anteile an Kapitalgesellschaften Sie im Einzelnen dem Verwaltungsvermögen zurechnen. Teilen Sie dabei insbesondere die Bezeichnung der Gesellschaft, deren Anschrift und die Steuernummer sowie das zuständige Betriebsfinanzamt mit.

Zu Zeile 48

Ist das begünstigungsfähige Unternehmen an einer Kapitalgesellschaft beteiligt, gehören die nicht in Zeile 47 einzutragenden Anteile an der Gesellschaft zum Verwaltungsvermögen, wenn das Vermögen der Kapitalgesellschaft selbst zu mehr als 50 % aus Verwaltungsvermögen besteht (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 ErbStG). Die 50 %-Grenze gilt auch im Fall der Optionsverschonung.

Geben Sie bitte den gemeinen Wert des Anteils an der Kapitalgesellschaft an.

Bitte erläutern Sie auf einem gesonderten Blatt, welche Anteile an Kapitalgesellschaften Sie im Einzelnen dem Verwaltungsvermögen zurechnen. Teilen Sie dabei insbesondere die Bezeichnung der Gesellschaft, deren Anschrift und die Steuernummer sowie das zuständige Betriebsfinanzamt mit.

Zu Zeile 49

Ist das begünstigungsfähige Unternehmen an einer Personengesellschaft beteiligt, gehört die Beteiligung unabhängig von der Beteiligungsquote zum Verwaltungsvermögen, wenn das Vermögen der Personengesellschaft selbst zu mehr als 50 % aus Verwaltungsvermögen besteht (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 ErbStG). Die 50 %-Grenze gilt auch im Fall der Optionsverschonung.

Geben Sie bitte den gemeinen Wert der Beteiligung an der Personengesellschaft an.

Bitte erläutern Sie auf einem gesonderten Blatt, welche Beteiligungen an Personengesellschaften Sie im Einzelnen dem Verwaltungsvermögen zurechnen. Teilen Sie dabei insbesondere die Bezeichnung der Gesellschaft, deren Anschrift und die Steuernummer sowie das zuständige Betriebsfinanzamt mit.

Zu Zeile 50

Wertpapiere und vergleichbare Forderungen rechnen zum Verwaltungsvermögen (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 ErbStG). Dies gilt nicht, wenn sie dem Hauptzweck des Gewerbebetriebs eines Kreditinstituts, Finanzdienstleistungsinstituts oder Versicherungsunternehmens dienen.

Geben Sie bitte den gemeinen Wert an. Bitte erläutern Sie auf einem gesonderten Blatt, welche Wertpapiere und vergleichbaren Forderungen Sie im Einzelnen dem Verwaltungsvermögen zurechnen.

Zu Zeile 51

Kunstgegenstände, Kunstsammlungen, wissenschaftliche Sammlungen, Bibliotheken und Archive, Münzen, Edelmetalle und Edelsteine gehören zum Verwaltungsvermögen (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 ErbStG). Dies gilt nicht, wenn

der Handel mit diesen Gegenständen oder deren Verarbeitung Hauptzweck des Unternehmens ist.

Geben Sie bitte den gemeinen Wert an. Bitte erläutern Sie auf einem gesonderten Blatt, welche Kunstgegenstände etc. Sie im Einzelnen dem Verwaltungsvermögen zurechnen.

Zu Zeile 52

Gehört zum Betriebsvermögen eine Beteiligung an einer Personengesellschaft oder gehören dazu Anteile an einer Kapitalgesellschaft von mehr als 25 %, ist das bei der Tochtergesellschaft vorhandene junge Verwaltungsvermögen bei dem zu bewertenden Betriebsvermögen, zu dem die Beteiligung oder die Anteile unmittelbar gehört/gehören, wie folgt als Verwaltungsvermögen anzusetzen. Verwaltungsvermögen ist der Anteil des Werts der Tochtergesellschaft, der dem Verhältnis des jungen Verwaltungsvermögens der Tochtergesellschaft zum gemeinen Wert der Tochtergesellschaft entspricht. Junges Verwaltungsvermögen der Tochtergesellschaft stellt kein junges Verwaltungsvermögen des zu bewertenden Betriebsvermögens dar.

Tragen Sie bitte den auf die Beteiligung bzw. den Anteil entfallenden Wert des jungen Verwaltungsvermögens ein.

Bitte erläutern Sie auf einem gesonderten Blatt, bei welcher Beteiligung bzw. bei welchem Anteil Sie das darauf entfallende junge Verwaltungsvermögen dem Verwaltungsvermögen des begünstigungsfähigen Unternehmens zugerechnet haben und wie Sie den Wert ermittelt haben. Teilen Sie dabei auch die Bezeichnung der Gesellschaft, deren Anschrift und die Steuernummer sowie das zuständige Betriebsfinanzamt mit.

Zu Zeilen 55 bis 61

Zahlungsmittel, Geschäftsguthaben, Geldforderungen und andere Forderungen (Finanzmittel) sind Verwaltungsvermögen, soweit ihr Wert nach Abzug aller betrieblichen Schulden 20 Prozent des Wertes des Unternehmens übersteigt (§ 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 4a ErbStG).

Bitte erläutern Sie auf einem gesonderten Blatt, welche Wirtschaftsgüter Sie den Finanzmitteln zugerechnet haben und wie Sie den Wert ermittelt haben.

Zu Zeile 57

Bitte tragen Sie in Zeile 57 die gemeinen Werte der Finanzmittel ein.

Zu Zeile 58

Bitte tragen Sie in Zeile 58 die gemeinen Werte der betrieblichen Schulden ein.

Zu Zeile 60

Der Sockelbetrag von 20 Prozent ist auf den gemeinen Wert des Betriebsvermögens anzuwenden.

Zu Zeile 61

Der Sockelbetrag ist vom Saldo aus Finanzmitteln und Schulden (Zeile 59) abzuziehen.

Zu Zeilen 62 bis 64

Junges Verwaltungsvermögen ergibt sich bei Zahlungsmitteln, Geschäftsguthaben, Geldforderungen und anderen Forderungen aus dem positiven Saldo der innerhalb der letzten zwei Jahre eingelegten und entnommenen Finanzmitteln. Ist der Saldo negativ, ist ein Wert von 0 EUR einzutragen. Der Wert der zum Verwaltungsvermögen zählenden Finanzmittel (Zeile 61) darf nicht überschritten werden.

Zu Zeile 70

Die Quote des Verwaltungsvermögens ist in der Weise zu berechnen, dass die Summe der gemeinen Werte des Verwaltungsvermögens durch den gemeinen Wert des Betriebs zu dividieren ist (§ 13b Abs. 2 Satz 4 ErbStG).

Lohnsummenregelung/Ausgangslohnsumme

Zu Zeile 71 bis 87

Der Verschonungsabschlag bleibt nur dann in voller Höhe erhalten, wenn nach Ablauf des Überwachungszeitraums

von fünf oder sieben Jahren die jeweils maßgebende Mindestlohnsumme erreicht wird (§ 13a Abs. 1 Satz 2 bis 4, § 13a Abs. 8 ErbStG). Diese ist mit der Ausgangslohnsumme (Zeile 87) zu vergleichen. Dies gilt nur, wenn der Betrieb mehr als 20 Beschäftigte hat. Bei der Prüfung, ob die Mindestbeschäftigtenzahl erreicht wird, sind auch die Arbeitnehmer nachgeordneter Personen- oder Kapitalgesellschaften einzubeziehen, bei Kapitalgesellschaften jedoch nur, wenn die mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an der nachgeordneten Kapitalgesellschaft mehr als 25 % beträgt.

Die Anzahl der Beschäftigten wird gesondert festgestellt (§ 13a Abs. 1a ErbStG).

Zu Zeilen 76 bis 87

Tragen Sie bitte hier die Angaben zur Ermittlung der Ausgangslohnsumme ein und erläutern Sie die Ermittlung auf einem gesonderten Blatt.

Ausgangslohnsumme ist die durchschnittliche Lohnsumme der letzten fünf vor dem Zeitpunkt der Entstehung der Steuer endenden Wirtschaftsjahre.

Die Lohnsumme umfasst alle Vergütungen (Löhne und Gehälter und andere Bezüge und Vorteile), die im maßgebenden Wirtschaftsjahr an die auf den Lohn- und Gehaltslisten erfassten Beschäftigten gezahlt werden; außer Ansatz bleiben Vergütungen an solche Arbeitnehmer, die nicht ausschließlich oder überwiegend in dem Betrieb tätig sind. Zu den Vergütungen zählen alle Geld- oder Sachleistungen für die von den Beschäftigten erbrachte Arbeit, unabhängig davon, wie diese Leistungen bezeichnet werden und ob es sich um regelmäßige oder unregelmäßige Zahlungen handelt. Zu den Löhnen und Gehältern gehören auch alle von den Beschäftigten zu entrichtenden Sozialbeiträge, Einkommensteuern und Zuschlagsteuern auch dann, wenn sie vom Arbeitgeber einbehalten und von ihm im Namen des Beschäftigten direkt an den Sozialversicherungsträger und die Steuerbehörde abgeführt werden. Zu den Löhnen und Gehältern zählen alle vom Beschäftigten empfangenen Sondervergütungen, Prämien, Gratifikationen, Abfindungen, Zuschüsse zu Lebenshaltungskosten, Familienzulagen, Provisionen, Teilnehmergebühren und vergleichbare Vergütungen. Gehören zum Betriebsvermögen des Betriebs, bei Beteiligungen an einer Personengesellschaft und Anteilen an einer Kapitalgesellschaft des Betriebs der jeweiligen Gesellschaft, unmittelbar oder mittelbar Beteiligungen an Personengesellschaften, die ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung im Inland, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums haben, oder Anteile an Kapitalgesellschaften, die ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung im Inland, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums haben, wenn die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung mehr als 25 % beträgt, sind die Lohnsummen dieser Gesellschaften einzubeziehen zu dem Anteil, zu dem die unmittelbare und mittelbare Beteiligung besteht.

Im Allgemeinen ist es nicht zu beanstanden, wenn bei inländischen Gewerbebetrieben von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwand für Löhne und Gehälter (§ 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB) ausgegangen wird. Der Arbeitgeberanteil zu den Sozialabgaben ist hierbei nicht einzubeziehen.

Die Ausgangslohnsumme wird gesondert festgestellt (§ 13a Abs. 1a ErbStG).

Zu Zeile 85

Tragen Sie hier die Lohnsummen aus zum Betrieb gehörenden unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen an Personengesellschaften ein. Bezeichnen Sie bitte auf einem gesonderten Blatt die Personengesellschaft und geben Sie an, in welchem prozentualen Umfang eine Beteiligung besteht. Es ist der Betrag einzutragen, der sich ergibt, wenn die Lohnsumme der Beteiligungsgesellschaft mit dem Umfang der Beteiligung in Prozent multipliziert wird.

Wenn Beteiligungen an mehreren Personengesellschaften bestehen, machen Sie bitte gesonderte Angaben zu jeder Personengesellschaft.

Zu Zeile 86

Tragen Sie hier die Lohnsummen aus zum Betrieb gehörenden unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen an Kapitalgesellschaften von mehr als 25 % ein. Bezeichnen Sie bitte auf einem gesonderten Blatt diese Kapitalgesellschaften und geben Sie an, in welchem prozentualen Umfang eine Beteiligung besteht. Es ist der Betrag einzutragen, der sich ergibt, wenn die Lohnsumme der Beteiligungsgesellschaft mit dem Umfang der Beteiligung in Prozent multipliziert wird.

Wenn Beteiligungen von mehr als 25 % an mehreren Kapitalgesellschaften bestehen, machen Sie bitte gesonderte Angaben zu jeder dieser Kapitalgesellschaften.

H. Nachrichtliche Angaben

Zu Zeile 89

Sofern zum erworbenen Betriebsvermögen Grundstücke gehören, die sowohl dem ertragsteuerlichen Betriebsvermögen als auch dem Grundvermögen zuzurechnen sind, fügen Sie bitte ein gesondertes Blatt bei, aus der sich folgende Angaben ergeben:

Lage des Grundstücks: -PLZ Ort -Straße Hausnummer -Flur, Flurstück/Parzelle	
Feststellung des Grundbesitzwerts durch das Finanzamt (Lagefinanzamt)	
Einheitswert-Aktenzeichen	
Festgestellter Grundbesitzwert insgesamt (falls bekannt)	EUR
Umfang der Zugehörigkeit zum ertragsteuerrechtlichen Betriebsvermögen in Prozent	%

Die Angaben sind erforderlich, weil der auf das ertragsteuerliche Privatvermögen entfallende Teil des Grundstücks nicht mit der Bewertung des Betriebsvermögens abgegolten ist. Dieser Grundstücksteil ist bei der Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer als Grundvermögen anzusetzen. Die Bewertungsstelle (Lagefinanzamt) ermittelt den für das Grundstück insgesamt maßgebenden Grundbesitzwert. Das Betriebsfinanzamt, das für die Bewertung des Betriebs zuständig ist, teilt den Grundbesitzwert in einen auf das Betriebsvermögen und einen auf das Grundvermögen entfallenden Anteil auf.

Soweit ein Grundstück sowohl zum ertragsteuerlichen Betriebsvermögen als auch zum Grundvermögen (Privatvermögen) gehört, teilen Sie deshalb bitte mit, in welchem Umfang das Grundstück dem Betriebsvermögen zugeordnet wurde. Erläutern Sie bitte welcher Aufteilungsmaßstab für die Zuordnung zum Betriebsvermögen maßgebend ist (z.B. Aufteilung nach Wohn-/Nutzfläche). Für die Angabe, ob ein Gebäude/Gebäudeteil zum ertragsteuerlichen Betriebsvermögen gehört, ist auf die Verhältnisse beim Rechtsvorgänger am Bewertungsstichtag abzustellen.

Falls bereits vom Lagefinanzamt ein Grundbesitzwert festgestellt worden ist, fügen Sie bitte eine Kopie des Feststellungsbescheids bei.

Zu Zeile 90

Zur Prüfung des begünstigungsfähigen Betriebsvermögens nach § 13b Abs. 1 Nr. 2 ErbStG werden Angaben zum Betriebsvermögen in Drittstaaten benötigt.

Neben inländischem Betriebsvermögen ist auch Betriebsvermögen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums begünstigt.

Nicht begünstigt ist das Vermögen einer in einem Drittstaat belegenen Betriebsstätte eines Einzelunternehmens oder einer Personengesellschaft im Sinne des vorangegangenen Absatzes. Das gilt nur, wenn solches Betriebsstätten-

vermögen zum Betriebsvermögen eines Einzelunternehmens gehört, das der Erwerber unmittelbar erworben hat bzw. zum Betriebsvermögen einer Personengesellschaft gehört, an der der Erwerber unmittelbar eine Beteiligung erworben hat. Betriebsstättenvermögen in Drittstaaten ist dagegen begünstigt, wenn es zum Betriebsvermögen einer Personengesellschaft bzw. einer Kapitalgesellschaft gehört, an der das Einzelunternehmen bzw. die Personengesellschaft beteiligt ist.

Tragen Sie hier bitte den auf den erworbenen Betrieb bzw. die Beteiligung an der Personengesellschaft entfallenden Anteil am gemeinen Wert des gesamten nicht begünstigten ausländischen Betriebsvermögens ein.